

Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 3 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig
Gerberstr. 1 IV Viktoriahotel. Fernruf 7503

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreispaltige Kleinzeile 2 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 34

Sonnabend, den 20. August 1921

25. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Zur Beachtung! Notizen unter dieser Rubrik werden nur dann jede Woche wiederholt, wenn der Schriftleitung bis spätestens Montag früh entsprechende Mitteilung vorliegt.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperre, Streik, Zugang fernhalten“, in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuziehen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten eingeht, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

Gesperri:
Grabsteingeschäft Reiner, Augsburg-Pfersee. Firma Kubenz, Kallberge (Nüdersdorf). In Stuttgart sämtliche Betriebe. Franz Kolf, Grabsteingeschäft in Kaderborn. Die Grabsteingeschäfte Woldt u. Falke in Bittau, Girsch in Hirschfeld, Raue in Niederradewitz, Mühle in Großschönau. Sieber u. Geißer, Grabsteingeschäft in Bilklingen. Friedrich Krappf, Eisenach.

Streik:
In Offen (Steinwerke Jaminet G. m. b. H., die beteiligten Kollegen sind alle anderweitig untergebracht, der Zugang hat unter allen Umständen zu unterbleiben, zumal für die übrigen Betriebe eine Lohnbewegung eingeleitet wurde). In Hohenleuben (Pflastersteinbetrieb, Firma Krebs), Erfurt (Steinmetzen und Marmorarbeiter), in Breslau, Lauterbach (Walz). In Nürnberg (Marmorarbeiter). In Ufersmühle (Bruchbetriebe von Brücher und Ufer). In Leipzig (Marmorarbeiter). In Billmar (Grabsteingeschäft), Saalfeld (Marmor), Wunsiedel-Gröden (Granitwerkstein Firma Reisch).

Belgien. Die Steinarbeiter der Firma Soille, Sitz in Brüssel, in den Steinbrüchen Luxemburg sind im Streik. Die Firma sucht Arbeiter im Ausland, speziell in Deutschland und Frankreich, anzuzuworben. Forderungen sind: Einführung des Achtstundentages und Lohnerhöhung. Die Steinarbeiter der gleichen Firma in Brüssel befinden sich ebenfalls seit einem Monat im Streik für dieselben Forderungen. Weitere Streiks sind in Seignies, Lessines und Poulseur. Kein Steinarbeiter gehe in diese Gebiete!

Zugang ist fernzuhalten:
Außer den genannten Orten unter Sperre und Streik nach Böhmen, Saalfeld, Kufstein und Umgebung, Naumburg, Sa. Horn. Gabelbacher Sandsteingebiet. Ostfriesland und Bohnenburg. (Steinbildhauerei Heilmann), Grefeld, Bennigsen b. Hannover. Ebersbach und Umgebung in Baden.

Erlebte Lohnbewegungen.
Cassel. Mit den Inhabern der Steinmetzgeschäfte wurde unter Mitwirkung des Kollegen Schlegel folgendes vereinbart: Der Stundenlohn für Steinmetzen beträgt ab 15. 8. 21 7.60 M., für Schleifer beträgt er ab 15. 8. 21 7.30 M., für Hilfsarbeiter beträgt er ab 15. 8. 21 6.30 M. Am 1. September erhöht sich der Stundenlohn für Steinmetzen auf 8 M., für Schleifer auf 7.70 M., für Hilfsarbeiter auf 7 M. Die Abmachungen gelten auf unbestimmte Zeit, jedoch sind künftig Forderungen den in Frage kommenden Parteien 8 Wochen vorher schriftlich einzureichen.

Murgtal (Baden). Die Sperre über den Betrieb der Firma Maier ist aufgehoben. Es wird jetzt auch dort die Lohnvereinbarung respektiert.

5. Internationaler Steinarbeiterkongress.

Die Vertreter der einzelnen Landesorganisationen kommen am 20. August und folgende Tage in Innsbruck (Tirol) zusammen, um die Berufs- und Organisationsfragen international zu behandeln. Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands wird durch 6 Delegierte vertreten sein (Windler, Siebold, Eisner, Biemann, Schmidt, Lohse). Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Wahl des Tagesbüros. 2. Berichterstattung des Sekretärs. 3. Kasabericht und Regulierung der Rückstände. 4. Beitritt zur Bauarbeiter-Internationalen. 5. Allgemeine Aussprache (Lohn- und Tarifpolitik, Achtstundentag, Berufsstrafheiten und deren Bekämpfung). 6. Eventuelle Anträge der angeschlossenen Organisationen. 7. Verschiedenes. Vom Internationalen Sekretär, dem Kollegen Kolf (Büro), liegt ein schriftlicher Bericht vor, der sich von 1913 bis 1921 erstreckt, aus dem ist folgendes zu entnehmen: „Der hätte anlässlich des letzten Kongresses Ende 1913 in Brüssel daran gedacht, daß Verhältnisse eintreten, die uns zwingen, solange mit der Einberufung eines Kongresses zu warten. Als 1914, nach zehnjährigem Bestand des Internationalen Sekretariates, der unheilvolle Krieg ausbrach, wurde das Sekretariat plötzlich vor neue Aufgaben gestellt. Wohl bemühten wir uns vorher noch nach Möglichkeit, die Beschlüsse des Kongresses Brüssel durchzuführen (weitere Ausdehnung und Vereinheitlichung der Reiseunterstützung, in bezug auf die italienische Emigration, deren Winteragitation und Aufnahme von bezüglichen statistischen Material, sodann auch der Agitation zum Beitritt der Landesorganisationen englischer Zunge, sowohl auf dem Kontinent als auch in unerwünschter Art bei den amerikanischen, australischen und japanischen Bruderverbänden), aber der Krieg zerstörte mit einem Schlag alle Vorarbeiten und stellte uns vor ganz neue Aufgaben.“

Mit Freuden können wir konstatieren, daß mit ganz wenigen Ausnahmen alle früheren Verbandsleistungen heute noch unternahm in Tätigkeit sind. Schmerzlich berührt uns das Hinscheiden des Kollegen Staudinger, Deutschland, der sich so eifrig der internationalen Beziehungen angenommen hatte.

Sofort nach Ausbruch des Krieges bemühten wir uns, die bisherigen internationalen Verbindungen in allen Teilen aufrecht zu erhalten, und da stellten sich uns große Schwierigkeiten entgegen, sowohl in den Grenzsperrern, als auch in der Zensur. Zum Glück war die Schweiz in diesen Weltkrieg nicht verwickelt und konnten diese Schwierigkeiten um so eher überwunden werden. Wir können konstatieren, daß es durchwegs gelang, diese Verbindungen fortlaufend aufrecht zu erhalten, und zwar während der ganzen Kriegszeit. Es muß im Gegenteil noch anerkannt werden,

daß die Korrespondenz zwischen Sekretariat und den einzelnen Ländern während des Krieges rege war. Dazu gestellte sich ein weitergeweiteter Austausch der Zeitungen und Korrespondenzen zwischen den Organisationen der am Krieg beteiligten Länder, die alle einzig durch die neutrale Schweiz vermittelt werden konnten. Ebenfalls mußte den Wünschen vieler einzelner Mitglieder Rechnung getragen werden, die sich in „Feindesland“ befanden und mit ihrem im Ausland wohnenden Angehörigen keine direkte Verbindung erhielten, dann auch wieder verwandten wir uns viel für die Auffindung und Uebermittlung der Korrespondenzen von Kriegsgefangenen. Einige Hundert Mitglieder und Familien sind uns stets dankbar für diese Tätigkeit gewesen.

Aber all diese neuen Funktionen verursachten eine bedeutende Mehrleistung von Arbeit und damit verbunden auch größere Ausgaben. Und doch mußten wir unsere Finanzen einschränken. Wir haben allerdings die Drucklegung der Quartalsberichte sofort eingestellt und uns mit deren Vervielfältigungen durch die Schreibmaschine geholfen. Da dies aber immer in drei bis vier Sprachen geschehen mußte, stieg die Arbeitsbelastung. Sodann haben wir alle Delegationen eingestellt, obgleich solche vielfach verlangt wurden und im Interesse der Sache gewesen wären. Die Kassaverhältnisse erlaubten solche nicht mehr.

In den ersten Jahren des Krieges gelang es aber trotz aller Mühe und trotz verschiedener Arten der Korrespondenzleitungen nicht, Verbindungen mit Belgien, Finnland und den Baltikstaaten zu erhalten, erst 1917 registrieren wir die ersten Eingänge der Korrespondenz aus Belgien und 1918 aus Serbien. In all diesen Ländern war die Organisation der Steinarbeiter gänzlich zerstört und mußte erst wieder aufgebaut werden.

Viel Mühe gaben wir uns, um England und Spanien zum Beitritt bewegen zu können, und war uns hierbei die Organisation in Frankreich nach Möglichkeit behilflich, leider waren alle Schritte in beiden Ländern resultatlos. Mit den Organisationen in Argentinien und Brasilien waren wir oftmals in Fühlung, ein direkter Anschluß an das Sekretariat ist aber nie erfolgt. Auch mit den vier Berufsverbänden Amerikas war rege Korrespondenz, aber außer den Granitarbeitern konnten die übrigen drei Verbände sich nicht zur Beitragsleistung bemühen. Die internationale Verbindung wird von diesen Verbänden gar nicht richtig eingeschätzt. Wohl haben sie auf unser Verlangen die hohen Eintrittsgebühren für Mitglieder unserer Organisation beseitigt oder bedeutend herabgesetzt, aber dies war auch die einzige Tat des Entgegenkommens.

Die Zusammenstellung und der Versand der vierteljährlichen Berichte und auch der jährlichen haben während des ganzen Krieges keine Unterbrechung erlitten, Mahnungen um deren Einlieferung mußten zwar regelmäßig zugewiesen werden.

Der Krieg hatte teilweise das gegenseitige Vertrauen zwischen den Landesorganisationen zerstört und bedurfte es einiger Mühe und diplomatischem Vorgehen, um dieses gegenseitige Vertrauen wieder zu wecken und zu befestigen. Dies war auch der Hauptgrund, weshalb die frühere Einberufung eines internationalen Kongresses unmöglich war, zuerst mußte wieder die Brücke des Vertrauens geschlagen werden, erst dann war an ein Zusammenarbeiten wieder zu denken. Zur allgemeinen Befriedigung können wir feststellen, daß das heutige Verhältnis zwischen den Verbänden wieder ein gutes ist. Im Jahre 1919 haben wir eine Enquete über die Arbeitszeit und freien Samstag nachmittag in allen Ländern durchgeführt.

Durch die Neuorientierung der Landesgrenzen mußte in der Tschechoslowakei ein eigener Verband gebildet werden. Es entstanden zwei Sprachenorganisationen, die wir im gegenseitigen Einverständnis im Sekretariat aufnahmen.

Die Fusionen zu großen Industrieverbänden in den Ländern mehrten sich, so haben sich nun auch die Verbände in Oesterreich und der Schweiz mit den übrigen Bauarbeiterverbänden verschmolzen.

Im Jahre 1920 verzeichnen wir einen gewaltigen Aufschwung der Organisationen aller Länder, und war es schon deshalb notwendig, mit den Leitern des italienischen Bauarbeiterverbandes sich zu verständigen über eventuelle in den nächsten Jahren bevorstehende Emigration.

Ueber die Veränderungen im Mitgliederbestand der Verbände gibt folgende Tabelle Aufschluß:

Land	1916	1917	1918	1920
Deutschland	10200	5040	5000	45000
Ungarn	600	350	150	2000
Oesterreich	800	400	630	7000
Frankreich	1500	1000	2000	6000
Schweiz	400	550	1500	2000
Norwegen	800	700	622	3500
Schweden	3150	2000	1806	5500
Holland	125	215	800	850
Italien	80	110	120	4200
Serbien	—	—	—	500
Tschechoslowakei Prag	—	—	—	3500
Tschechoslowakei Reichenberg	—	—	—	2000
Belgien	—	—	—	30000
Dänemark	—	—	1000	1500
Finnland	—	—	—	3500
Amerika Granitler	—	—	—	45000

Die Kriegsverhältnisse haben unheilvoll auf die Kasse des Sekretariates eingewirkt. Zu Anfang des Krieges sind die Zahlungen für Beiträge seitens aller Länder eingestellt worden und erst auf wiederholte Mahnungen und Hinweis darauf, daß das Internationale Steinarbeitersekretariat seine Tätigkeit nicht einstellen werde, konnten größtenteils die Beiträge wieder erhältlich gemacht werden. Von Belgien, den Baltikstaaten und Finnland war aber nichts mehr zu erwarten. Sene Organisationen mußten ihre Tätigkeit gänzlich einstellen. Die übrigen Länder leisteten die Beiträge noch einige Zeit. Als dann aber die Valuta der größeren Staaten rapid sanken, die Schweizer Währung immer gleich hoch blieb, waren einige Landesorganisationen nicht mehr in der Lage, Gelder ohne große Verluste absenden zu können. Diese Länder und speziell Deutschland, Oesterreich, Ungarn und später auch Frankreich sagten wohl zu, bei einem merklichen Steigen der Valuta ihre Rückstände begleichen zu wollen, aber damit war dem Sekretariat nicht gedient und konnte es den an dasselbe gestellten Verlangen nicht entsprechen. Diese Situation war eine unbefriedigende, dauerte aber trotzdem einige Jahre an. Zuerst hat dann der Vorstand des Sekretariates selbst seine Privatgelder zur Verfügung gestellt, als auch dies nicht mehr genügte, wandte er sich an die vom Krieg nicht direkt betroffenen Landesorganisationen in Amerika. Nach

vielen Korrespondenzen sandte der amerikanische Granitbauverband Gelder, die eine weitere Tätigkeit des Sekretariates ermöglichen. Die übrigen Verbände Amerikas haben keine Antworten auf die wiederholten Gesuche gegeben.

Die Ausgaben des Sekretariates waren während der Kriegsjahre keine geringeren als vormem. Die Unmasse Korrespondenz des Austausches von Zeitungen, Uebermittlung von Briefschaften aus den am Krieg beteiligten Ländern, Anfragen nach Kriegsgefangenen, all dies brachte eine merklige Erhöhung der Postausgaben mit sich.

Andererseits haben wir uns bemüht, alle übrigen Ausgaben nach Möglichkeit einzuschränken. Kurz vor dem Kriege war noch eine Sammlung für Südtirol, Ungarn, veranstaltet; sie ergab eine Unterstützung von 1812.78 Fr.

Gewiß sind die Valutaverhältnisse auch heute noch ungünstig, jedoch wird der Kongress Mittel und Wege suchen müssen, um endlich einmal wieder die bisherigen Schulden des Sekretariates zu decken, dabei nicht unberücksichtigt lassen, daß verschiedene Landesorganisationen mit ihrer Beitragspflicht vollständig abgerechnet haben.

Auf die Bedeutung des Kongresses kommen wir nach der Tagung noch zu sprechen. Leider sind uns bis zur Niederschrift dieser Zeilen Anträge von den Landesorganisationen nicht bekannt geworden. Gelingt es dem Kongress, eine straffere Verbindung, die sich auf weiteres als gelegentliche Korrespondenzen erstreckt, zu schaffen, dann können wir zu frieden sein. Die früher wichtige Uebereinstimmung bei Reiseunterstützung, Uebertritte und sonstige rein organisatorische Fragen, genügt heute nicht mehr. Seit Jahren fehlt uns jeder Ueberblick über die Wirtschaftslage der Steinindustrie in den einzelnen Ländern, Zahl der Beschäftigten, Lohnhöhe, Schutzbestimmungen für die Steinarbeiter. Diese Unterlagen müssen in regelmäßigen Abständen beschafft werden. Ob es angebracht ist, Anschluß an die Internationale der Bauarbeiter zu suchen, wollen wir heute unerörtert lassen und wollen erst die Gründe dafür in Innsbruck auf uns wirken lassen. Auf alle Fälle ist es eine Genugtuung bei all dem Wirrwarr der Jahre nach dem Brüsseler Kongress 1913, wieder an einer internationalen Steinarbeitertagung teilzunehmen, um die zerrissenen Fäden auch wieder persönlich anknüpfen zu können. In diesem Sinne begrüßen wir die Kollegen des Auslandes in Innsbruck zu gemeinsamer proletarischer Arbeit für das große Ziel der Arbeiterklasse.

Der kommende Lohnkampf und seine Folgen.

Trotzdem das deutsche Wirtschaftsleben eine Lebenskraft zeigt, die das Erlaunen der Ausländer auslöst, die zu einer Uebererschätzung unserer Kraft und zu einer Ueberbürdung mit immer neuen und schwereren Lasten führt, empfindet der größte Teil des deutschen Volkes nur zu schmerzlich die fortschreitende Verarmung. Mit schwerer Sorge müssen besonders die Gewerkschaften diese Entwicklung verfolgen, denn auf der einen Seite ist es ihre Aufgabe, den Arbeitern doch wenigstens das physische Existenzminimum als Einkommen zu sichern und mit gewerkschaftlichen Kampfmitteln zu erweitern, während ihnen auf der anderen Seite die Auswirkungen dieser Lohnsteigerungen in unserer heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung nur zu gut bekannt sind und sie leider wissen, daß der Arbeiter selbst letzten Endes den verteuerten Existenzbedarf kaufen muß aus Gründen, die wir später besprechen.

Die letzten Reste der Zwangswirtschaft zerfallen, die Getreidepreise sind verdoppelt worden und damit, wie sich in der Praxis bald zeigen wird, die Brotpreise. Die Kosten für den Wohnraum werden erheblich steigen, während die Verschlechterung unserer Valuta, die fortschreiten wird, bereits in sehr bedeutendem Grade die Preise aller Einfuhrwaren erhöht. Einem Kraftlosen und in der Öffentlichkeit ausdrücklichen Zugzwang gegenüber vergrößern sich sichtlich die Schwierigkeiten der großen Volksmassen bei der Erhaltung der bescheidensten Existenz.

Neue Preissteigerungen, neue Steuern und Steuerhöchungen setzen also ein. Alle Volksteile bemerken sich, sie abwürgen, so daß der Kampf der einen gegen die anderen, der Bestehenden gegen die Nichtbestehenden in einer Schärfe einsetzt, wie wir sie bisher noch nicht kennen gelernt haben. Bei solchen Kämpfen ganzer Volksteile müssen wir uns aber über die Auswirkungen klar werden, denn damit, daß die stärkeren Parteien siegen, ist noch nicht bewiesen, daß diese Siege für die Gesamtheit nützlich und in ihren Folgen gewinnbringend sein werden. Nicht also die Macht des Stärkeren kann entscheiden, sondern die bessere Einsicht in die Zusammenhänge der Wirtschaft und die Wirkungen, die sich aus Eingriffen notwendigerweise ergeben müssen.

An unserer Wirtschaft freffen drei Krankheitsreger:

1. Der Geldverschlechterer,
2. der Steuerheber und
3. die Arbeitslosen und Kurzarbeiter, sowie die unwirtschaftlichen Produktions- und Verkehrseinrichtungen.

Der Geldverschlechterer (Inflation) verringert die Kaufkraft unseres Geldes, expropriert sämtliche Ersparnisse, ob groß oder klein und schwächt unsere Konsumkraft.

Der Steuerheber steht nicht bloß im Dienst des eigenen Staates, sondern im Dienst der Feindmächte.

Die Unterstützung beziehenden Arbeitslosen und Kurzarbeiter belassen die Gesamtwirtschaft, da diese sie ohne wirtschaftliche Gegenleistungen erhalten muß, ebenso tun es alle unwirtschaftlich arbeitenden Produktions- und Verkehrseinrichtungen, die zuviel Kraft, Rohstoffe, Hilfsstoffe, Arbeit und Kapital verbrauchen.

Der Geldverschlechterer kann beseitigt werden, indem wir die Notenpressen besiegeln, so daß kein neuer Geldschein mehr gedruckt werden kann.

Dann müssen aber die Lasten aus anderen Quellen abgebracht werden, nämlich aus gesteigerter und beschleunigter Produktion, aus Ersparnissen an Einfuhrwaren, aus erhöhtem Verkauf von Ausfuhrwaren und aus erheblicher Ersparnis der Kapitalgewinne und großen Einkommen.

gebräut werden durch Zusammenfassung aller Sparnisse aus Arbeitseinkommen bis zu den allerersten.

Erfolgt die Lastenaufhebung durch starke Abwälzung auf die Konsumgüter, was auch bei direkter Besteuerung der Goldwerte und Kapitalien in erheblichem Maße der Fall sein kann, so sind Lohn- und Gehaltssteigerungen unabweisbar. Damit aber reißt wieder die Siegel an den Notenpressen, die zu neuem Laufen ansetzen müssen. Der Geldverschlechterer, die Inflation, bewirkt aber dann die weitere Verarmung des ganzen Volkes.

Eine soziale Steuererhebung als auch die Lösung des Arbeitslosenproblems kann ohne eine veränderte Wirtschaftspolitik nicht erreicht werden.

Diese veränderte Wirtschaftspolitik darf jedoch an den Grundmängeln einer Erfolgswirtschaft selbst nicht rütteln. Ein neues Wirtschaftsprogramm muß also vor allem zum Ausdruck bringen, daß nur durch eine planmäßige Zusammenfassung und Ausnutzung unserer Hilfsmittel, Rohstoffe, Kraftquellen, Arbeitskräfte und Kapitalien in jedem einzelnen Fachgebiet, durch ein inniges, verständiges Zusammenarbeiten an Stelle planloser Konkurrenzwirtschaft große Erfolge erzielt werden können, die wir dringend benötigen.

Das dieses Ziel aber nicht durch teilweise freiwillige kapitalistische Zusammenschlüsse, sondern nur durch Organisationszwang für jegliches Unternehmen erreichbar wird.

Das vor allem in unserer Landwirtschaft alle Mittel bereitgestellt werden, um durch Bodenbegrünung, Unkraut- und Schädlingsbekämpfung, Saatgutverbesserung und Kultivations- und ackerbauliche Bewirtschaftung die höchsten Erträge herauszuwirtschaften und eine bisher uns fehlende Kontrolle der Einzelwirtschaften durchzuführen wird, die mangelhaft arbeitende Landwirtschaft im Interesse der Volksernährung ersetzt und Kapitalbedürftigen die notwendigen Geldmittel und Produktionsmittel beschafft.

Daß alle privatwirtschaftlichen Organisationen mit monopolistischen Auswüchsen einer gemeinwirtschaftlichen Kontrolle unterstellt werden.

Daß durch die Bildung gemeinwirtschaftlicher Selbstverwaltungsgremien in Gestalt rechtsfähiger Personen, in denen die Interessen der Arbeitnehmer und Verbraucher völlig ausreichend geschützt sind, unsere Produktion und Güterverteilung aus der rein privatwirtschaftlichen Interessensphäre herausgeführt und zur volkswirtschaftlichen Aufgabe gemacht werden.

Daß die Aufbringung von sozialem Kapital ermöglicht wird durch stärkere Anreizung des Spartriebs im gesamten Volk, daß ferner die Umwandlung aller Besitztümer, die heute Inhaberpapiere und Gegenstand wilder Spekulation sind, in Namenpapiere durchgeführt wird. Auf diesem Wege kontrolliert jedes Unternehmen und der Fiskus, in wessen Besitz sich die Anteile an dem Unternehmungskapital befinden, weil ohne Hebertragungen Besitzwechsel nicht möglich ist. Die Hebertragungsgesetze werden abgeschafft, weil die Papiere am Markt nicht mehr gehandelt werden können.

Daß die Auslandsmächte erzwungen werden, die deutschen Kapitalien bei ausländischen Banken und Industrieunternehmen, die offen und vertriehen Guthaben festzustellen.

Daß die übergroße Zahl von mittleren und kleineren Bankgeschäften, die die Kapitalverschiebungen begünstigen, von den Großbanken übernommen werden und daß die gesamten Großbanken einem Reichsbankkommissar mit einem Weisungsrecht unterstellt werden, der mit weitreichenden Vollmachten die Aufgabe hat, eine einheitliche und volkswirtschaftliche Bankpolitik zu erlassen und eine bezügliche Kontrolle ausüben zu müssen.

Die Fürsorge für die Erwerbslosen und die Erwerbsunfähigen fällt den Selbstverwaltungsgremien jedes Wirtschaftszweiges in erster Linie und grundsätzlich zu. Nur wenn ihre Kraft nachweislich verfehlt, tritt für die Allgemeinheit die Pflicht ein, die Leistungen zu ergänzen.

Auch an das Kleinbürgertum, den Mittelstand, die Rentner und die Sozialrentner muß der Aufruf der Arbeiter ergehen, ob

se weiter mit ansehen wollen und können, daß ihre ersparten Arbeitsverträge, ihre ohnehin unzureichenden Rentenbezüge durch eine fortschreitende Geldverschlechterung vor ihren Augen weggeschwunden, während die Kapitalisten, Unternehmer und landwirtschaftlichen Grundbesitzer diese Geldentwertung durch entsprechende Gewinnsteigerungen nicht nur ausgleichen, sondern ihre Vermögen in riesigem Umfang vermehren. Auch der deutsche Arbeiter will nicht zum Lumpenproletariat herabsinken, sondern verlangt eine wirtschaftliche Lage, die ihm wenigstens eine bescheidene Bewegungsfreiheit und Entwicklungsfreiheit gibt, die ohne eigene Ersparungen nicht denkbar ist.

Ende die Aufbringung der neuen Lasten nur mit einem riesigen Lohnkampf — der zwar jetzt leider wieder unabweisbar ist — ohne einen Umbau unserer Wirtschaft zur Erzielung eines höheren Leistungsfaktors und einer Beherrschung des Preisaufbaues durch die Volksgemeinschaft, dann bedeutet dieser Kampf nichts anderes, als eine fortschreitende Expropriation der Arbeiterklasse selbst und mit ihr der Mittelschichten, nicht aber der wirklich Besitzenden.

Dr. Alfred Stierner.

Kampflistung.

Neben Nummer des „Steinarbeiter“ der letzten Wochen bringt Meldungen über abgeschlossene oder gescheiterte Lohn- oder Tarifverhandlungen. Trotzdem die Arbeitgeber oder deren Verbände Vertreter mit wenigen Ausnahmen rückfällig die Forderungen der Arbeiter in der Steinindustrie offen ausgeben, ist es ein verhängnisvoller Teil der Arbeitgeber, der der erlassenen Mollage durch entsprechende Entgegenkommen in der Lohnfrage zu steuern bereit ist. Die weltwärts überwiegende Zahl von Arbeitgebern oder ihrer Bezirksverbände gibt an, durch die angeblich schlechte Geschäftslage nicht in der Lage zu sein, Lohnsteigerungen bewilligen zu können. Alle Forderungen werden abgewimmelt oder zu verschleppen. Nicht selten versucht man sogar die Mollage der Arbeitgeber als viel größer hinzustellen, als die der Arbeitnehmer und mitunter wurden Belege aus irgendeinem Betrieb, der durch verschiedene, sicher aber nicht in so hohen Löhnen begründete Umstände tatsächlich vor dem Zusammenbruch steht, als Beweis für die trostlose Lage aller Betriebe vorgelegt. Wollte man im Gegensatz darauf hin, daß diese und jene Betriebe gegen früher einen erheblichen Aufschwung genommen haben, daß da und dort Millionenbauten aufgeführt werden zwecks Betriebsvergrößerung, daß vielfach ein großes Weiterkommen nach neuen Steinbrüchen zu beobachten ist usw., so soll dies alles nur aus Liebe zu den Arbeitern, um sie vor Arbeitslosigkeit und den Staat vor gänzlichem Verfall zu retten, geschehen sein, niemals aber aus Profitinteressen oder um gesammeltes Kapital unterzubringen, wo es dem Steuerfiskus gegenüber mehr verzehlet werden kann.

Ich erinnere mich, daß eine Aktiengesellschaft in der Steinindustrie im vorigen Jahre vor dem Schließungsausschluß haarscharf nachgewiesen hat, daß mit großer Unterbilanz und mit großem Verlust gearbeitet wird und am Schlusse des Geschäftsjahres 16 Prozent Dividende verteilen konnte. Daß dabei noch sehr erhebliche Abschreibungen und Rücklagen gemacht waren, versteht sich am Ende. Nach wie vor erklärt aber auch diese Gesellschaft, wieder hart am Bankrott zu stehen, wenn es gilt, den Arbeitern eine bescheidene Aufbesserung der so mangelhaften Löhne zu gewähren. Schließlich waren gerade die Vertreter dieser Werke maßgebend daran beteiligt, begonnene größere Verhandlungen in den letzten Wochen zum Scheitern zu bringen. Der Geschäftsbereich dieser Gesellschaft hat solche Vertreter, die derartige Angaben immer wieder machen. Lügen, hätten unsere Betriebsräte überall das Recht und die Kenntnisse, die Sachverhältnisse der Betriebe zu kontrollieren, dann würde sich zeigen, daß es mit der so groß geschätzten Mollage der Arbeitgeber wirklich nicht recht stimmt. Die jetzt besonders wieder einsehende Schmutzkonzurrenz be-

weist ebenfalls, daß die täglichen Klagen über die Unmöglichkeit, die Preise der Steinprodukte den Verhältnissen anzupassen, nicht den Tatsachen entsprechen. Wie wäre es, falls die Angaben stimmen, möglich, daß sich Arbeitgeber, die in einem Verband, in einer Bezirksgruppe zusammengefaßt sind, um 10 bis 15 Prozent unterbieten? Wie ist dieses Unterbieten solcher Firmen möglich, die ausgerechnet die höchsten Löhne innerhalb dieser Bezirksgruppe der Arbeitgeber zahlen?

Ueber noch trassere Schmutzkonzurrenz wird seitens einer Arbeitgebergruppe geflagt, die uns berichtet, daß Firmen, die demselben Verbands angehören, um Hunderte von Prozenten unterbieten, nur deshalb, weil ihnen die eigenartigen Verhältnisse es gestatten, die Produkte so nebenher zu gewinnen. Davon, daß diese in so trasser Weise egoistischen Firmeninhaber ihren Arbeitern auch nur einen Pfennig Lohnzulage freiwillig gegeben hätten, ist mit keinem Worte die Rede. Ist es schon möglich, bei einem Objekt von 40000 Mark, das ausgerechnet der Vorlieber der Arbeitgebergruppe um 2000 Mark seine Kollegen unterbietet, dann mühte es doch auch möglich sein, Lohnzulagen denen zu geben, die die eigentlichen Produzenten sind. So könnten noch viele Fälle gezeigt werden, die unsere Ansicht begründen.

Die internen Sitzungen vor und nach der Reichssteinwoche scheinen sich vor allem mit dem Problem befaßt zu haben, „wie verhindern wir die Lohnherabsetzungen.“ Vielleicht hat man sogar auch vom Lohnabbau gesprochen. Letzteres wird sicherlich bei den Arbeitgebern der Granit- und Schefferwerke (Karlshöhe) zur Debatte gestanden haben, nachdem sich der Höbener Bezirk nach uns gegebener Mitteilung durch einen Arbeitgeber dieses Bezirks schon einige Wochen vor der Reichssteinwoche damit beschäftigt hat. Der Ausgang der eingeleiteten Verhandlungen deutet auch darauf hin.

Ob Granit-, Schiefer-, Marmor- oder Schottergruppen der Arbeitgeber, ob einzelne oder organisierte, alle scheinen zur Zeit nach einem Schema zu arbeiten, nur dem größten Druck der Arbeitnehmer zu weichen und auch dann nur unzureichendes zu gewähren.

Alle größeren Tarife sind gelündigt, zum Teil bereits abgelaufen und die Verhandlungen verschleppt und gescheitert. Andere stehen in den nächsten Wochen zur Verhandlung. Auch bei letzteren steht nicht zu erwarten, daß man den Arbeitern gibt, was unbedingt zum Leben nötig ist, wenn nicht äußerste Einigkeit und gegenseitiges Vertrauen und nicht zuletzt die finanzielle Nötigung vorhanden ist. Mit letzterer bleibt in vielen Fällen noch manches zu wünschen übrig. Eine Zusammenfassung der Quartalsberechnungen vom 1. Quartal im 2. Jahr ergibt, daß kein sehr großer Prozentsatz der Belegschaft noch nicht einmal den nach ihrem Lohnsätzen im Statut festgelegten Beitrag leisten und dadurch gegen ausbrechenden Streik ganz unzureichend versichert sind. Kollegen, deren Durchschnittsverdienst nicht unter 5 Mark pro Stunde beträgt, scheuen sich nicht, noch 3.- und 4.-Klassenbeiträge zu entrichten. Daß gerade viele dieser unüberlegten und gegen Statut handelnden Kollegen über die unzureichenden Unterhaltungsgebühren schimpfen, sei nur nebenbei erwähnt. Es ist nun eine Tatsache, daß unsere Streikunterstützungsgebühren bei den heutigen Verhältnissen viel zu niedrig sind, solche Kollegen und Belegschaften aber, die sich von der Leistung des statutarischen Beitrags weiden, haben sich selbst und haben kein Recht, über niedrige Unterhaltungsgebühren zu schimpfen.

Wollen wir unsere Lage heben, wollen wir den Arbeitgebern im Kampf abringen, was man uns trotz besserer Einsicht vorenthält, wollen wir bei eventuellen Streiks unsere Familie nicht der größten Not aussetzen, wollen wir uns für solche Fälle vorzeitig einzureichender Mittelschaft schützen, dann müssen alle, aber auch der letzte Kollege einsehen, daß es nicht angeht, an den paar Pfennigen Beiträgen zu sparen. Werne hätte ich schon vor längerer Zeit eine Anregung gemacht, durch freiwillige Mehrleistung an Beiträgen die Möglichkeit höherer Unterhaltungsgebühren zu schaffen; der Umstand, daß es noch so viele Dürrebeuger in dieser Beziehung gegeben hat und noch gibt, hielt mich davon ab!

Die Bodenschätze Deutschlands an Natursteinen.

II. Die Metakongesteine umfassen in erster Linie die von Geologen als sekundäre, als Schicht- bzw. Sedimentgesteine bezeichnete Gruppe. Von diesen birgt Deutschland einen unerschöpflichen Reichtum an vielgestaltiger Verwendbarkeit. — Der Gips spielt zwar als Baustein keine wichtige Rolle, ist aber für chemisch-technische Zwecke von größter Bedeutung. Hannover, Hara, Thüringen, Nassau, Brandenburg, Schlesien, Sachsen, Mecklenburg, Braunschweig, Hessen, Bayern, Württemberg usw. haben reiche Gipslager.

Die Alabaster, der zu künstlerischen Zwecken Verwendung findet, hat den Sitz seiner Industrien im Hara, in Thüringen, in Nassau.

Sehr mannigfaltig ist die Ausbildung der Kalksteine und Dolomite.

Hierfür sind die verschiedenen Bezeichnungen in der Technik überaus mannigfaltig, und zwar je nach Korngröße, Farbe, Zeichnung, Aderung usw., sowie je nach Verwendbarkeit zu chemischen und technischen Zwecken aller Art. — Von der reichen Verwendung zu Mörtel, Zement und chemischen Zwecken aller Art, d. h. von der reich entwickelten Kalkindustrie soll hier weiter nicht die Rede sein.

Unausrottbar ist die Bezeichnung „Marmor“ für alle lebhaft gefärbten, polierbaren Kalksteine, während Marmor im geologischen Sinne nur die körnigen kristallinen Kasse sind. Alle Formationen vom Paläozoikum durch Trias, Jura, Kreide, Tertiär bis zur Diluvial- ja bis zur Jetztzeit enthalten Kalksteine der verschiedensten Art. Auch echten Marmor, d. h. kristallinen Kalk, wie ihn Paros, Pentelikon, Carrara, Laas aufweisen, liefert Deutschland. Die bekanntesten deutschen Vorkommnisse echten Marmors finden wir in Schlesien, in Bayern (Nichtelgebirge), im Hara, Elbingenode, ferner im Odenwald, in Sachsen (Freiburger Gneisgebiet) und in Thüringen (Saalburg) sowie im Rautschertal. Es sind diese Marmore fast durchweg durch Kontakt- oder Dynamometamorphose veränderte Kasse.

Wir können nach seinen Marmorvorkommnissen Schlesien als das wichtigste deutsche Gebiet für diese Marmore bezeichnen. — Weiße, blaue, rosafarbene, gemalte und durchdrückte Vorkommnisse entsprechen in ihrer vielgestaltigen Erscheinung und hervorragenden Qualität durchaus dem kararischen u. a. italienischen Marmor und sind ebenbürtige Aivalen dieses Materials; die fein zuckrigen Varietäten fehlen bei uns. Sogar den typischen, sonst vor allem auch in Italien — neben schweizerischem — heimischen „Cipolino“ (ein mit Glimmerlagen geringebadeter Marmor von prachtvoller Wirkung) weist Schlesien auf.

Die übrigen Kalkvorkommnisse Deutschlands enthalten eine große Menge mannigfach gefärbter, durchdrückter, schön gezeichneter Kalksteine, die in der Industrie und in latenten durchwegs als „Marmor“ bezeichnet werden, und die insbesondere als Skulptur- und Dekorationssteine eine überaus wichtige Rolle spielen. Sie sind nur zum geringsten Teil kristalline Kasse, d. h. Marmor im Sinne des Geologen; doch muß die Bezeichnung „Marmor“ für diese Gesteine in der Technik aus praktischen Gründen beibehalten werden. — Alle geologischen Formationen liefern neben vielgestaltig verwendbarem Kalk (Bausstein, Schotter, Kalkbrennerel, chemische Industrie) solche „Marmore“, von ihnen besitzt Deutschland einen reichen Schatz von vorzüglichster Qualität und erlebener Schönheit.

Wir betrachten die wichtigsten dieser Vorkommnisse am besten nach ihrem Aussehen in den verschiedenen geologischen Formationen: Wir kennen solchen Marmor aus dem Silur; auch das Silur Schlesiens birgt verschiedene gefärbte Marmore. Von großer Bedeutung sind die Vahnmarmore; sie

stellen devonische Gesteine dar und sind ebenso mannigfaltig in ihrer Zeichnung — die vielfach von ihrem Kalkgehalt herührt — wie in der Farbe. Sie werden als Dekorationsmaterial hochgeschätzt und ausgiebig verwendet.

Bekannt sind die schönen Devon-Marmore Wahrens, „Marxgrün“ von Horwagen bei Bad Siedben, ein Maserkalk, der an Aussehen und Qualität den edelsten Alpenvorkommnissen usw. ebenbürtig ist.

Sogenannter „schwarzer Marmor“ findet sich in Culmbach bei Dahrenuth.

Im Hochertal sind schöne paläozoische Marmore mit rötlicher Farbe vorhanden, deren stärkerer Abbau für die Zukunft in Betracht kommt.

Das Devon Westfalens enthält schon gezeichnete graubräunliche, weiß und rötlich geaderte Gesteine.

Das Mittelbecken und der Kohlentall der Rheinprovinz besitzen im „Massetal“ und „Sifeltal“ reiche und wertvolle Schätze von ausgezeichnetem Marmor-Material.

Im Perm erscheinen gute Kalksteine und Dolomite.

Wenn wir das Mesozoikum durchmustern, Trias, Jura und Kreide und das Känozoikum, Tertiär samt Diluvium, so stehen wir vor einer schier unübersehbaren Menge von hervorragenden schönen und nach verschiedenster Richtung verwendbaren Kalksteinen, die der Industrie „Marmore“ von prächtvoller Wirkung nach Zeichnung und Farbe liefern.

Die Verwendung dieser Kalksteine erfolgt unendlich vielfältig für technische Zwecke aller Art, wie für die Veredelungsindustrie, Wildbauarbeit usw. Insbesondere die Juraformation ist überreich an wertvollen Kalken. Ich kann hier nur die allerwichtigsten Vorkommen erwähnen:

Wir beginnen mit der Trias. Größte Ausbreitung hat der Muschelkalk in Deutschland; besonders die obere Abteilung mit dem Trossenkalk und Modosustalk liefert reiche Ausbeute an festem, gutem Material.

Da haben wir in Norddeutschland die Vorkommnisse von Niedersdorf, Schlesien, Provinz Sachsen, Braunschweig, Hannover, Thüringen, Westfalen. Im Süd- und Mitteldeutschland, Hessen, Baden, Württemberg und Bayern.

In sehr vielen Gegenden Deutschlands ist der Muschelkalk der wichtigste Baustein und das beste Material für Kalkbrennerel; er findet auch für alle möglichen anderen Zwecke: Skulpturen usw., reichlich Verwendung und besitzt dementsprechend große wirtschaftliche Bedeutung. In Ermangelung von Hartsteinen findet er auch als Bahn- und Straßenschotter Verwendung. — Auch für die Juraalkale und Dolomite gilt der Satz, daß ihre Verwendbarkeit zu allen möglichen Zwecken eine unendlich vielfältige ist, vom Brennholz, Schotter und Baustein bis zur Verwendung zu künstlerischer Gestaltung von Häusern und Bildwerken. — Insbesondere ist der sogenannte „weiße Jura“, der hier die Hauptvorkommnisse für die Steinindustrie liefert. Regelmäßig geschichtete Blöcke von verschiedenstem Ausmaß in ihren Einzelmachtigkeiten, wie große ungeschichtete Massen treten in dieser Formation abteilungsweise auf.

In Hannover und seinen Nachbargebieten werden die meisten Bruch- und Werksteine dem Jura entnommen. Auch Braunschweig besitzt Juraalkale, ebenso die Provinz Sachsen.

Baden und vor allem Württemberg und Bayern weisen die allergrößte Entfaltung der Juraabteilungen auf und besitzen dementsprechend reiche Schätze an schönen Juraabteilungen.

Der Kriental des Saas; verschiedene Braun-Jura-Formationen; die sogenannten „blauen Kasse“ und der Hauptrogenstein liefern gefärbte Bausteine.

Vor allem ist es auch hier der Weiß-Jura, von dem Baden im Grenzgebiet gegen Schwaben reichen Anteil hat. In Württemberg sind es neben anderen Horizonten besonders M. J. u. z., die prächtigen Steine liefern, und zwar sowohl Kasse, wie Dolomite. Ich nenne bloß den bekannten „Zuckerstein“, der als Marmor wegen seiner schönen gelblichen Farbe hochgeschätzt ist.

Der neuerschlossene sogenannte „Wüttlinger Band-Marmor“ ist eine tertiäre Sinterablagerung in Spalten des weißen Jura. Seine Farbe und Zeichnung qualifizieren ihn als erstklassig für die Veredelungsindustrie. — Es ist ein bezeichnetes Beispiel, daß auch heute und in Zukunft noch schöne neue Abbaugelände erschlossen werden können.

Selbstverständlich spielt in Schwaben, wie anderswo, wo Karsteine nicht anstehen, der harte Jurakalk eine wichtige Rolle für Schotterzwecke aller Art beim Bahnbau und Straßenbau.

Berühmt und weit geschätzt sind Bayerns Schätze an Jurakalken. Monumentalbauten, Skulpturen, Sarkophage, Säulen, Kannelendekorationen sowohl Bayerns wie an anderen Orten führen die mannigfachen wertvollen Eigenschaften, insbesondere die Schönheit dieses wertvollen Materials eindringlich vor Augen. Mannigfache technische Verwendung der Kasse findet selbstverständlich auch statt.

Wir brauchen z. B. nur die Namen Solnhofen auszusprechen, so weiß jeder, daß hier ein wunderbar feinkörniges, gleichmäßiges Material genannt wird, das als Lithographie-Stein einzig dasteht. Die Plattenfalle des Weiß-Jura, denen diese wertvollen Lagen eingeschaltet sind, finden außerdem Verwendung als Bodenbelag und Dachplatten.

Welterwähnt sind die gelblichen hellgrünen Kasse von Treuchtlingen, der sogenannte „Treuchtlinger Marmor“ sowie die Marmore von Weihenburg, Mühren, Pappenheim und Rehlungen.

Ueberaus wertvoll ist der Schatz, den Bayern an buntgefärbten, schön gezeichneten Kalken im sogenannten „Alpenkalk“ des Alpenjura besitzt.

In diesen Ablagerungen nennt Deutschland einen Schatz von sogenannten „Alpenmarmoren“ sein eigen, wie ihn Italien nicht schöner kennt. — Seit alten Zeiten wurde dieses edle Material in künstlerisch hervorragenden Bauwerken für Wandverkleidungen, Altäre, Brüstungen, Sarkophage, Säulen, Türstöcke, Pfeilerköpfe, zu Skulpturen usw. verwendet. — Weiße, braune, rote, graue, weißgeaderte, schwarze „Marmore“ werden in Bayern (z. B. Tegernsee, Ruhpolding, Traunstein) in musterquäligen Betrieben gewonnen.

Die Kreideformation enthält Material sowohl für chemisch-technische Verwendung wie für Haus- und andere Zwecke.

Die Schreibe- und Spielsteine in Norddeutschland, Schlesien, Holstein, Mecklenburg, auf Mügen eine wichtige Rolle. Kreidemergel ermöglichen in Norddeutschland eine reiche Zementindustrie.

Kasse der Kreideformation dienen zum Teil als Bruchsteine, zum Teil als Schottermaterial, zum Teil zum Kalkbrennen in Hannover, Lippe, Braunschweig, Provinz Sachsen.

Das Tertiär liefert in Hessen Kalk zum Brennen und Wauen. — Im Mainzer Becken stehen Colthie, Breccien, Kalkkonglomerate, wie dicke Kasse an, die außer zu den genannten Zwecken auch für Monumentalbauten Verwendung finden.

Schwaben hat gute helle Tertiärkasse am Hochsträß, die Verwendung als Bausteine finden. Zum Teil stehen hier wie anderwärts auch sehr wertvolle Tertiärquarzte an.

Diluviale und alluviale Kalkuffüllungen, Traubertine, junge aber feste Nagelfluhen finden sich allwärts und geben wertvolles Baumaterial.

Die große Gruppe der alten Quarzite, Sandsteine, Braunkasse und Konglomerate ist in Deutschland sehr reich vertreten und liefert sehr wertvolles Material für die verschiedensten Verwendungsmöglichkeiten.

Grauwacke und Quarzite des Paläozoikums (Silur-Devon-Culm) geben gutes, z. T. vorzügliches Schottermaterial, zum Teil ausgezeichnete Bau- und Marmorsteine; auch die Sandsteine des Paläozoikums finden zu ähnlichen und gleichen Zwecken Verwendung. Als Hauptvorkommnisse sind aus dieser Reihe die vom Hara, Schlesien, Provinz Sachsen und Westfalen zu nennen.

Die Sandsteine des Rotliegenden haben zum Teil beträchtliche Bedeutung.

Wie wertvoll wäre es, wenn durch einen freiwilligen Mehrbeitrag von pro Woche 50 Pf. oder 1 Mark, der lediglich zur Erhöhung der Streikunterstützung verwendet würde, diese auf eine Stufe gebracht werden könnte, die unter äußerster Einschränkung einige Zeit über Wasser halten helfen würde. Alle Kollegen, die bisher im Kampf gestanden haben, lernen einsehen, daß es entschieden leichter ist, solange man in Arbeit steht, einen höheren Beitrag zu zahlen, als wie später mit den Unterstützungssätzen der niederen Beitragsklassen einen mehrwöchigen Streik durchzuführen.

Sage keine Zahlstelle, kein Kollege, wir kommen ja doch nicht zum Streik. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß wir uns unsere Existenzmöglichkeit in Zukunft nur schaffen können, wenn wir gegebenenfalls auch in der Lage sind, die Zähne zu zeigen und ehe man sich verliert, kann die Notwendigkeit, den Kampf aufzunehmen, eintreten. Die nächsten Monate und Jahre werden unter dem Zeichen des Kampfes stehen, höchstwahrscheinlich mehr noch als bisher. Deshalb setze sich jeder vor und rüste sich bei Zeiten, indem er zumindest in die Beitragsklasse bezahlt, in die er laut seinem Verdienst gehört. Die Zahlstellenverwaltungen weisen im eigenen Interesse in allen Versammlungen und Sitzungen darauf hin.

Besonders die Kollegen des S. Gaués bitte ich, dem Uebelstand abzuhelfen, denn gerade unsere Arbeitgeber sind immer bei den rückständigsten in puncto Lohnzahlung. Gerade unser Gau hat die finanzielle Kraft des Verbandes im letzten Jahr mehr wie andere Gauen in Anspruch nehmen müssen, wird dies wahrscheinlich auch in Zukunft wieder zu tun gezwungen sein, deshalb haben wir aber besonderen Anlaß, auch in bezug auf die Pflichten unsere volle Schuldigkeit zu tun. Nicht Mitleidlichkeit oder Verweigerung ist angesichts der Wichtigkeit der Verhältnisse angebracht, sondern Entschlossenheit und Kampfeswille, gestützt auf strenge Pflichterfüllung, welche letztere uns berechtigt, alle Unterstützung und Hilfe des Gesamtverbandes in Anspruch zu nehmen.

Der Reichsausschuß der Arbeiterjugendorganisationen Deutschlands,

dem der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Verband der Arbeiterjugendvereine Deutschlands, die Sozialistische Proletariatsjugend und die Kommunistische Jugend angeschlossen sind, verlangt unter Aufrechterhaltung weitergehender, grundsätzlicher Forderungen folgende besonders dringende gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutz und Wohl der Jugend.

- I. Die gesetzlichen Jugendbeschäftigungsbestimmungen, die sich auf die Arbeitszeit, Pausen, stündliche Sonntagsruhe, das Verbot der Nachtarbeit und die Beschäftigung in besonders gefährdeten Betrieben beziehen, sind auf alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahre auszudehnen. Für Kinder bis zum 14. Lebensjahre ist jede Beschäftigung in Gewerbe- oder Handelsbetrieben zu verbieten.
- II. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller Jugendlichen sind durch Arbeitsverträge zu regeln.
- III. Einführung des sechsstündigen Arbeitstages für die erwerbsfähige Jugend bis zum vollendeten 16. Lebensjahre; Verbot von Ueberforderungen des arbeitsfähigen Arbeitstages für Jugendliche über 16 Jahre, Einrechnung der Pflichtschulzeit und aller Vorbereitungs- und Auftragsarbeiten in die regelmäßige Arbeitszeit; feierliche Sonntagsruhe; insgesamt nicht über 45 Arbeitsstunden einschließlich der Schulzeit in der Woche.
- IV. Gewährung von ausreichenden, zusammenhängenden Ferien, mindestens 14 Tage, für die Jugendlichen bis zum vollendeten 16. Lebensjahre mindestens 8 Wochen im Jahr unter Weitergewährung vereinbarter Vergütungen (Lohn, Gehalt, Kost und Logis).
- V. Kontrolle aller Betriebe auf Innehaltung der Jugendbeschäftigungsbestimmungen durch die Gewerbe- und Handelsinspektionen, die in enger Verbindung mit besonderen Gewerkschaftsbeauftragten ihre Tätigkeit auszuüben haben.

- VI. Diese besonderen Gewerkschaftsbeauftragten haben auch bei Beschwerden, die nicht nur den gesetzlichen Jugendbeschäftigten, sondern auch den Jugendlichen unter Einziehung eventuell bestehender Betriebsvereinbarungen der Arbeiterschaft zu verhandeln.
- VII. Alle Bestimmungen, die die Vereins- und Versammlungsrechte der Jugendlichen beschränken, sind aufzuheben.
- VIII. Die Rechtspflege in allen sich aus dem Arbeitsverhältnis der Jugendlichen ergebenden Streitfällen ist den Arbeitsgerichten (Gewerbe- und Kaufmannsgerichten) zu übertragen. Die Zuständigkeit der Innungschiedsgerichte für diese Fälle ist aufzuheben.

Reform des Lehrlingswesens.

- I. In allen Städten und Kreisen sind für alle Berufe, die eines geordneten Lehrganges für den jugendlichen Nachwuchs bedürfen, Berufskommissionen zu schaffen, die aus den Kreisen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände in gleicher Stärke zu bestehen sind.
- Nach Bedürfnis wählen diese Kommissionen unparteiliche Vorstände.
- II. Soweit keine tarifliche Regelung vorliegt, haben die Berufskommissionen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen das Recht:
 - a) nach Prüfung der Verhältnisse den Betrieben das Recht zur Lehrlingshaltung zu gewähren oder zu entziehen,
 - b) die Höchstzahl der Lehrlinge und Volontäre für die einzelnen Berufe je nach Betriebsart festzusetzen,
 - c) die Dauer der Höchstzahl und den Inhalt der schriftlichen Lehrverträge zu bestimmen,
 - d) Richtlinien für die Gehaltsprüfungen zu geben und die Prüfungen selbst zu leiten,
 - e) alle sich aus dem Lehrverhältnis ergebenden Streitfälle zu schlichten, durch Beauftragung die Betriebe zu kontrollieren, die Ausbildung zu überwachen und auch bei Mängeln, die sich aus dem Kost- und Logiswesen ergeben, für Abhilfe zu sorgen,
 - f) soweit keine tarifliche Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen über Lohn, Bezüge und Ferien für die Lehrlinge bestehen, haben die Berufskommissionen die Mindestlöhne oder Bezüge und die Dauer der Ferien für einzelne Betriebe oder Berufe festzusetzen.
- III. Die Umgehung der tariflichen Vereinbarungen oder der von den Berufskommissionen getroffenen Bestimmungen ist rechtswidrig. Verstöße nach dieser Richtung hin ziehen auf Antrag der Berufskommissionen strafrechtliche Verfolgungen nach sich.
- IV. Um ein einheitliches Arbeiten aller Berufskommissionen zu ermöglichen, ist für jede Industriebranche eine paritätisch zusammengesetzte Reichs-Berufskommission aus den Vertretern der Spitzenorganisationen zu bilden, die allgemeine Grundsätze und Regeln für die Aufgaben der Berufskommissionen aufstellt.
- V. Zur Lehrlingshaltung zugelassene Betriebe sind verpflichtet, in einem von den Berufskommissionen auszuwählenden Umfang Lehrlinge einzustellen. Lehrlingsstellen sind in Anlehnung an gewerbliche, Staats- oder Kommunalbetriebe zu errichten, bestehende sind für die handwerksmäßigen Berufe Sammelbetriebe, in denen die Jugendlichen mindestens ein Drittel ihrer

Zeitszeit verbleiben und außerdem Prüfungssätze anfertigen, mit kommunaler Unterstützung zu schaffen. Ist für bestimmte Berufe und nach Lage der örtlichen Verhältnisse die Errichtung von Lehrwerkstätten nicht möglich, so haben die Berufskommissionen für die Ausbildung in den Einzelbetrieben bestimmte Richtlinien aufzustellen.

VI. Alle dieser Neuregelung entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen sind aufzuheben, auch die, die den Lehrherren oder deren Beauftragten das Recht der väterlichen Zucht einräumen.

Sonderverhandlung für die Schleiferei- u. Werksteinbetriebe des Fichtelgebirges.

Auf Veranlassung der beiden genannten Unternehmergruppen fanden am 8. August in Hof Verhandlungen statt, die leider ebenfalls wie die Würzburger Verhandlungen resultatlos beendet wurden. Obwohl angeblich die Unternehmer nur aus Interesse für unsere Kollegen die Verhandlungen beantragt haben wollten, konnten sie sich nicht entschließen, etwaige nachträglich getroffene zentrale Abmachungen und Änderungen des A.L. für ihren Bezirk als verbindlich anzuerkennen. Sie verlangten vielmehr, daß auch in Zukunft für ihren Bezirk nur bezirksliche Abmachungen für beide Industriezweige erfolgen. Von der Annahme dieser Verbindung sollte aber auch gleichzeitig die Erhöhung der Feuerungsulage von 450 auf 500 % abhängig gemacht werden. Durch die Annahme dieser Bedingungen hätten zweifellos die Fichtelgebirgskollegen für kurze Zeit einen Vorteil gegenüber ihren Kollegen anderer Bezirke, wie bald sich der aber zu ihrem Nachteil entwickelt haben dürfte, braucht an dieser Stelle nicht näher dargelegt zu werden. Sicher ist, daß bei jeder Feuerungsulage- und Lohnverhandlung die alten mangelhaften Verhältnisse mit ihren Begleiterscheinungen wieder in den Vordergrund getreten wären. Gleichzeitig war aber auch der A.L. sowie der bayerische Werksteinstoff für längere Zeit oder ganz erledigt und die Unternehmer des Fichtelgebirges konnten das angelegte Interesse für die schwere Lage unserer Kollegen noch besser als bisher für sich ausnutzen. Andererseits lag auch die Befürchtung nahe, daß durch die Annahme des Unternehmerangebots die übrigen Kollegen der Schleifereibetriebe in ihren Bestrebungen schwer gehindert würden. Die Fichtelgebirgskollegen erklärten daher einstimmig, vorläufig an den zentralen Abmachungen festzuhalten, stehen aber auch gleichzeitig durchblicken, daß sie nicht länger mehr gewillt sind, ihre bis herkömmlich völlig unzureichenden Löhne noch weiter ihre Arbeitskraft in der Steinindustrie zu verwenden.

Der Verband Deutscher Granitwerke wird nun zu beweisen haben, ob er in der Lage ist, den Befriedigungsbefürchtungen innerhalb seiner Reihen genügend Widerstand leisten zu können, gleichzeitig wird er auch dafür einzutreten haben, daß den in den Schleifereibetrieben beschäftigten Arbeitern ein angemessener Lohn zur Beschaffung der notwendigen Bedarfsartikel gewährt wird.

Der Verband Deutscher Granitwerke hat uns nun vorgeschlagen, die zentralen Verhandlungen am 18. August in Hof wieder aufzunehmen, ohne jedoch eine Entschädigung über Lohn- und Feuerungsulage herbeigeführt zu haben. Für beide Punkte verlangen die Unternehmer eine nochmalige Aussprache. Trotz aller Bedenken haben wir dem Vorschlag des V.D.G. unter der Voraussetzung zugestimmt, daß bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen zunächst über die wichtigsten Punkte Klarheit geschaffen und ein längeres ausschließliches Verhandeln vermieden wird.

Sollten auch die erneuten Verhandlungen ergebnislos verlaufen, so wird sich die Verhandlungskommission in Gemeinschaft mit dem Verbandsvorstand über die weiter zu treffenden Maßnahmen schlüssig werden. Da hiist dann kein Mundspitzen mehr, sondern es muß schon gekiffen werden.

Amsterdam gegen Moskau.

Die Kommunisten werden nicht müde, zu behaupten, daß der Gegensatz Moskau-Amsterdam soviel bedeute, wie Klassenkampf der Arbeitergemeinschaft, daß er in der Form „proletarische Diktatur oder bürgerliche Demokratie“ vollständig zum Ausdruck komme.

Die ständige Wiederholung dieser Schlagworte macht sie um keinen Deut wahrer. Sie sind Lüge und bleiben Lüge. Der Internationale Gewerkschaftsbund denkt nicht daran, sich zum Vorkämpfer der bürgerlichen Demokratie oder der Arbeitergemeinschaft zu machen, als wäre jene schon die erprobte staatliche Form der sozialistischen Gesellschaft und diese das letzte Wort im Kampf um die wirtschaftliche Demokratie.

Freilich glaubt die freie und unabhängige Gewerkschaftsbewegung nicht an den unmittelbaren Anbruch des tausendjährigen Reiches; sie glaubt nicht an die explosive Verwirklichung der sozialen Revolution durch fortwährende politische Aktionen, sie glaubt nicht in diesem russischen Sinn an Volkerevolution. Sie ist überzeugt, daß die leidenschaftlichen Verfechter der Weltrevolution gerade diejenigen Marxisten sind, die durch geschichtliche Fügung bis vor wenigen Jahren nicht in der Lage waren, zu handeln. Die Russen waren bis zur zweiten Revolution — nach dem kurzen Triumph der ersten — von allen europäischen Sozialisten diejenigen, die ohnmächtig und meist aus der Fremde den Auswirkungen kapitalistischer und bürokratischer Willkürherrschaft in Rußland zusehen mußten. Sie waren Zuschauer, Theoretiker, geladen mit revolutionärer Aktivität. Sie sind als praktische Sozialisten und Gewerkschafter jüngeren Datums. Der russische Sozialismus ist nicht an sich selbst radikal und aufrichtiger, wie seine Verkünder erklären; nur die Verhältnisse, die er vorfindet, waren unendlich rückständiger und erbitterter als die des Westens; die Arbeiterkraft und die Bauern in dumpferem Sinn Sklaven des Kapitals und Hörige der Grundherren. Es war natürlich, daß die revolutionären Sozialisten die Atmosphäre dieser verrotteten Verhältnisse nur reinigen zu können glaubten durch radikale Zerstörung des gesamten Systems. Die geographische Lage Rußlands und der geschichtliche Augenblick, in dem die Revolution ausbrach und sich entwickelte, begünstigten gleichermaßen wie die geistige Einseitigkeit der russischen Masse und ihre Bewußtsein an inneren Begierden den hemmungslosen und schändlich dauernden Sieg der bolschewistischen Minderheit über Kapitalismus und Beamtentum, über die anderen Richtungen des Sozialismus und den Widerstand der Bauern. Die Triumphe der Sowjetarmee über ihre Gegner bekräftigten das unerbillige Regime der bolschewistischen Autokratie, das sie vom ersten Tag ihrer Macht als „Diktatur des Proletariats“ zur Normalform des sozialistischen Uebergangsstadiums allen europäischen Sozialisten aufdrängen wollten. Die Diktatur des Proletariats ist weit davon entfernt, die einzige mögliche Staatsform des Regierenden Sozialismus zu sein. Möglicherweise von allen inneren Bedingungen kann sie es nur da werden, wo, wie in Rußland, die riesige Entfernung von den großen kapitalistischen Staaten der sozialistischen Regierung die Aussicht auf erfolgreichen Kampf verbürgt. Sie ist nur durch ein Zusammenwirken der verschiedensten Umstände zu der russischen Form des proletarischen Staates geworden. Selbst wenn sie in Rußland eine geschichtliche Notwendigkeit wäre, hat sie damit noch kein Daseinsrecht in dem übrigen Europa. Aus bloßem logischen Fanatismus, der sich die Befreiung von der Diktatur der Bourgeoisie nur durch ihren brutalen Gegenpart zu denken vermag, kann kein Sozialist, kein Gewerkschafter sich für die Vergewaltigung der Mehrheit einsetzen. Darin besteht der Adel des Sozialismus, sagte Nauves, daß

er nur fliegen kann, wenn er die Welt erobert, wenn er die Mehrheit erobert. Diesen Gedanken haben die Bolschewisten in solchem Grade verleugnet, daß sie nicht einmal davor zurückschrecken, innerhalb der sozialistischen Reihen jeden Widerspruch in Blut zu ersticken oder in den biden Mauern der zaristischen Gefängnisse verhallen zu lassen.

Die Macht der Bolschewisten beruht mehr auf ihren militärischen Erfolgen, als auf ihren wirtschaftlichen und sozialen Leistungen; aber selbst die Siege der roten Armeen sind von geringerer Bedeutung für die Ausbreitung ihrer Macht als ihre schamlos so offenerzige, schlaue Propaganda für ihre Parolen. Das Eingeständnis begangener Fehler ist gewiß ein Zeichen von Mut. Aber wenn es so zu Gewohnheit wird wie bei den Leitern des russischen Staates, kann es nur noch von Schwärmern als Zeichen aufbauenden politischen Genies aufgefaßt werden. „Bei uns hungert die Arbeiterkraft“, erklärte Bucharin in einer Rede vom 8. Juni dieses Jahres, „weil die Produktionszirkulation zwischen Stadt und Land gehemmt ist“. Diese Störung war eine unmittelbare Folge der wirtschaftlichen Methoden der Diktatur, die den Bauern den gesamten Ueberschuß der bäuerlichen Produktion wegnahm. Die Befreiung der Aquisitionen und die Einführung der Naturalsteuer bedeutet den Abbau der Diktatur. Das Recht der Arbeiter auf einen Teil ihrer Produkte, das ihnen gegeben wurde, um sich Lebensmittel beschaffen zu können, hat zu einem blühenden Schleichhandel geführt; statt die Produkte an die Einkaufszentralen abzuliefern, schlagen sie es lieber an Kleinhandwerker, die ihnen mehr dafür bieten. Auf illegalem und gesetzwidrigem Wege kommt der Zwischenhandel wieder zu seinem Recht. Alles das sind Symptome für das Versagen des Zentralismus.

Aber nicht nur, daß sie im Innern ihr eigenes System abbauen, sie haben in der Praxis mit der Weltrevolution gekämpft. Dabei hat selbst gesagt, daß „in Sowjetrußland bisher kein Kommunismus bestand, sondern die proletarische Regierung, die um das nackte Leben kämpfte“. Inzwischen kämpfte sie um ihr Leben, indem sie Sturm lief gegen den Kapitalismus. Jetzt aber unterstützt sie durch riesige Aufträge die Kapitalisten des Auslandes. Krassin beteuert mit unterwürfiger Ergebenheit in jeder europäischen Hauptstadt, das europäische Kapital habe nun nichts mehr zu befürchten, der russische Staat bedürfe seiner; das sei die beste Wertschätzung für die deutschen, englischen und amerikanischen Kapitalisten für die Sicherheit ihrer Konzessionen in Rußland. Es versteht sich von selbst, daß derartige Verträge die ausländische Arbeiterkraft zur Mitleidnahme gegen die Kapitalgruppen zwingen, die russische Aufträge erhalten. Je mehr solcher Verträge die Sowjetregierung abschließt, um so mehr erschwert sie die „direkte Aktion“, weil eben jede Störung der kapitalistischen Produktion die Beförderung der Versorgung Sowjetrußlands bedeutet. Es ist ein bitterer Widerspruch, wenn die kommunistische Internationale politische Aktionen fordert, um die soziale Weltrevolution zu beschleunigen, während die russische Regierung den besseren Teil der Tapferkeit erwählt, „in das bestehende Weltsystem der Staaten einzutreten“ und infolgedessen, wie Nabel achselzuckend bemerkt, gezwungen ist, „viele Mitleidlichkeiten zu nehmen“.

Aus den Zahlstellen.

Wien. Am 20. Juli fand im Lokal Lehmann, Orzechowitzer 7, eine gemeinschaftliche Versammlung der Marmorarbeiter mit Steinmetzen statt. Die aufbesuchte Versammlung besaß sich hauptsächlich mit der Versammlungsfrage. Nachdem Kollege Kuhn den Anwesenden die Zusammenlegung für zweckmäßig empfahl, schon deswegen, weil ein gemeinsames Vorgehen besser zum Ziel führe, wurde die Verschmelzung gutgeheißen. Am beiderseitig den Kollegen Genüge zu tun, wurde der Vorstand teilweise von Steinmetzen und Marmorarbeitern besetzt. Aus der Wahl gingen hervor Kollege Kuhn 1. Vor.; Kollege Eisermann 2. Vor.; Kollege Wunne 1. Kassierer; Kollege S. Kuhl 2. Kass.; Kollege Stammel 1. Schriftführer; Kollege Schäfer 2. Schriftführer. Kollege Kuhl wurde zum Kartellbeauftragten gewählt. Ein vorgeschlagenes Kartellverbot wurde bis nach der Lohnbewegung verschoben, denn die Zahlstelle hat gemeinsam eine Forderung von 150 M. beantragt. Nachdem Vor. Kuhn einen kräftigen Mahnruf an die Kollegen richtete, um die Existenzfrage jetzt gemeinsam zu kämpfen, schloß die Versammlung.

Welsberg b. Brand. Am 6. August fand in der Kantine unsere Quartalsversammlung statt. Kollege R. d. r. rügte den schlechten Verlauf der Versammlung und die Interessentlosigkeit der Kollegen. Hier auf wurde zur Tagesordnung übergegangen. Kollege B. gab den Kollegen Bericht, Entlastung wurde erteilt. Zum zweiten Punkt gab Räder einen Bericht über die am 28. Juli in Nürnberg stattgefundenen Schotter-Tarifverhandlungen. Im dritten Punkt wurde der Bericht des Kartellbeauftragten Brand wegen seiner fest stehenden Verhältnisse einer scharfen Kritik unterzogen, an der sich die meisten Kollegen beteiligten. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende die anwesenden Kollegen, die säumigen und versammlungsgewöhnlichen Kollegen anzuhelfen, daß sie mehr Interesse an den Tag legen sollen. Dem Eingetragten wurde die Sitzung eröffnet.

Moskau. In der am 7. August tagenden Versammlung, die Kollege D. r. i. leitete, erstattete der Bezirksteiler, Kollege H. r. g. n. d. r. Bericht von den Nürnberger Verhandlungen. Er wies auf die überaus hartnäckigen Auseinandersetzungen mit den Unternehmern hin, früh 8 Uhr begann die Besprechung und mittags um 1 Uhr noch kein Resultat. Die Unternehmern lehnten jede Erhöhung ab und bestreiten, daß seit dem 1. Januar eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten eingetreten sei. Im übrigen hätten sie am 1. April schon Entgegenkommen gezeigt. Die Verhandlungen waren resultatlos. Die Kollegen nahmen von dem Vorgang Kenntnis, Stellungnahme zur geeigneten Zeit behalten sie sich vor. Wenn nur die Unternehmer mit dem haushalten sollten, wie die Arbeiter, so würden nach wenigen Tagen schon genug haben. Wenn nun auf dem Verhandlungswege nichts erreicht werden kann, müssen andere Wege beschritten werden. Dann mögen die Unternehmern uns nur die Obren nicht vollkommern, sie wollen es anheimstellen, ja so haben.

Wilmars. Am 23. Juli fand Versammlung statt. Zum ersten Punkte der Tagesordnung gab Kollege M. o. s. die Abrechnung. Die Abrechnung wurde von Kollegen für richtig befunden und der Kassierer entlastet. Zum 1. Kassierer wurde Will. B. w. gewählt. Kollege M. o. s. gibt Bericht vom Gewerkschaftskartell W. l. b. u. g. Daraus war zu entnehmen, daß eine Deputation im Lagergebiet errichtet werden soll. Auch eine Rechtsauskunftstelle für das Lagergebiet soll in Welsberg errichtet werden. Sprechstunde ist vorläufig in der Woche einmal vorgesehen. Im Punkt Vertriebesbesand bedauert der Vorliegende Caspari den Verlauf der Versammlung. Am 4. August fand eine öffentliche Versammlung statt, in der Bezirksteiler Herrmann zugegen war und den Bericht über Lohnfragen erstattete. Herrmann bedauert, daß die Kollegen, die bei kleinen Meistern arbeiten, jetzt 80 Pf. pro Stunde mit dem Lohn im Rückstand stehen im Vergleich zu den Kollegen bei der Firma Dyerhoff u. Neumann und Firma Brillon. Hier muß Ordnung geschaffen werden, sonst schädigen wir unsere eigenen Kollegen. Es wurde beschlossen, sofort eine Lohnforderung an die Kleinmeister zu stellen.

Hausenberg. Am 6. August tagte im Gewerkschaftshaus Bogenwaid eine Mitgliederversammlung. Als Referent war Gewerkschafts- und Arbeitersekretär Behamer aus Passau erschienen. Er gab einen ausführlichen Bericht über Kartell und Arbeitersekretariat. Es wurde viel geleistet, was die Kollegen auch anerkannten. Zum 2. Punkte Einführung eines Sozialaufschlags pro Marke 20 Pf., wurde von den Kollegen einstimmig angenommen. In Zukunft werden die Kartell- und Sekretariatsbeiträge nicht mehr durch Sammeln, sondern von der Sozialkasse bezahlt. Zum Schluß erwähnte der Sekretär die Kollegen, einzig und selbst zusammenzusetzen, um zu den bevorstehenden Kämpfen gewappnet zu sein. Kollege R. u. d. o. r. f. gab Bericht über den Gang der Tarifverhandlungen. Ueber die Haltung der Unternehmer sind die Kollegen in große Aufregung geraten.

Varnhaff-Steinbach (Zahlstelle Kappelrodt). Um die reisenden Kollegen vor Schaden und Enttäuschungen zu bewahren, wollen wir die Mitglieder bei der Firma Martin Peter, Baden-Baden, Betrieb Varnhaff kurz informieren. Vor allem ist darauf hingewiesen, daß der Betrieb einem Laubenschlag ohnmächtig; denn die Behandlungswelle

* I siehe in Nr. 27 des „Steinarbeiter“.

... Er verurteilt oft ein Geschick im Betrieb, das an vergangene Zeiten erinnert — an den Kaiserhof. Es scheint, er glaubt sich noch im Hofstaat zu befinden, wo er Hilfsdienstleistungen in einem Schotterbetrieb als Aufseher in Bachmeistersrang. Kürzlich gab das Zigarettenmachen einiger Kollegen wieder Anlass zu einem größeren Skandal; die Kollegen ließen sich das nicht verbieten und mochten sofort einige Pfeifenabende und begaben sich aufs Bureau, um ihren Lohn in Empfang zu nehmen. Da kamen sie aber schlecht an, unter größerem Geschimpfe griff er nach dem im Bureau befindlichen Revolver und schrie, macht dich hier rüber komm und setze ihnen den Revolver vor die Nase. Zwei der Kollegen verließen dann ohne Geld das Geschäft, was jedwemfalls später ausbezahlt wurde. In bezug auf Verpflegung leistet Peter Aufseher dementsprechend, 60 bis 70 M. Tagesverdienst verspricht er, verschweigt aber wohlweislich, daß dabei zehn und elf Stunden geschuftet werden muß. Von einer Einhaltung des Achtstundentags ist in diesem Geschäft keine Spur, was sehr zu bedauern ist. Bei der kürzlichigen Unterhandlung in Achern behauptete er, meine Arbeiter verdienen hier so wie dort pro Stunde. Ja, das glauben wir, wenn man die elf Stunden Arbeit in acht Stunden umrechnen, dann wird das verdient. Im Mai dieses Jahres holte er persönlich zwei Kollegen aus Lützenbach. Einer davon war verheiratet, diesem versprach er gleich Wohnung in seinem Betrieb, obwohl diese noch von einem anständigen Kollegen bewohnt ist, den Peter voriges Jahr auf die Straße gesetzt hat, weil er mit noch andern Kollegen auf die genehmigte Lohnaufbesserung nicht verzichtete und auf Lohnreduzierungen nicht einging. Vor drei Wochen kam auch die Familie des betreffenden Kollegen aus Lützenbach mit ihrem Hausrat an. Sie waren gezwungen, im Arbeiterraum ihre Sachen unterzubringen und in einem mit Brettern verschlagenen Raum ihr Schlafgemach einzurichten, wo sie sich bis jetzt noch befinden. Daß es mit den Sachverhältnissen Peters nicht weit her ist, zeigt ein Fall, der kürzlich vorkam. Er hatte mehrere Pfeifenabende zu machen. Er ließ sich die wie schon öfter von dem ihm nachstehenden Firmeninhaber E. M. A. H. er, nach Tarif ausrechnen. Dieser Herr, auch sehr bewandert in puncto Tarifumgebung, wie sich die dort in Arbeit stehenden Kollegen äußern, brachte um fünfzehn Mark weniger heraus, als sie in Wirklichkeit zahlten. In diesem Fall mußte der Gauleiter angerufen werden, um es zu regeln. Herrn Manger wollen wir nahelegen, daß er seinen Arbeitern mehr Entgegenkommen zeigen möchte, besonders in der Entlohnung der Saisonzuschläge. Abgereicht sind die Kollegen bald, aber nicht so bald wieder da. Wir wollen von einer weiteren Kritik heute Abstand nehmen, obwohl wir noch mit vielem aufwarten können von beiden Firmen. Den reizenden Kollegen aber diene vorstehendes zur Warnung.

Rundschau.

Aus unserm Beruf und Industrie. Auf der Leipziger Messe (28. August 1921 bis 3. September 1921) soll zum erstenmal deutscher Marmor zur Ausstellung gelangen. Der Bund deutscher Marmorbrüche hat zu diesem Zweck zunächst auf drei Jahre Räumlichkeiten dafür gemietet und zwar im österreichischen Hause des früheren Ausstellungsgeländes beim Volksparkdenkmal. Ein Aufruf in der Fachpresse der Steinindustrie weist auf die überaus reichen deutschen Marmorvorkommen hin und appelliert an die vaterländische Pflicht der Verbraucher, nicht wie bisher, die ausländischen Marmororten zu begünstigen. Die Steinbruchbesitzer aus dem Ruhrgebiet haben es fertig gebracht, zirka 50 Italiener mit Hilfe des dortigen Arbeitsamtes heranzulassen, sie werden in der Umgebung von Mühlheim in den dortigen Steinbrüchen beschäftigt. Wenn die Steinbruchbesitzer Löhne zahlen, die berufsfremden Arbeitslosen die Einarbeit erleichtert, hätten sie genügend Arbeitskräfte. Es ist einfach ein Skandal, daß von „Arbeitswegen“ die Unternehmer in ihrem Streben nach billigen und willigen Arbeitskräften gestützt und gefördert werden. Soweit unser Einfluß reicht, werden wir alles unternehmen, um den Steinbruchbesitzern die Ausländerherrschaft zu hindern.

Gewerkschaftliches. Die Wahlen zum Verbandstag der Metallarbeiter im September (Jena) sind auch diesmal nach dem politischen Glaubensbekenntnis der Delegierten vollzogen. Ein Zustand, der an und für sich nicht erstrebenswert ist. Soweit wir das Resultat erfahren konnten, sind gewählt: 410 SPD., 256 USP., 114 SPD. Das Wahlergebnis bürgt für die Einheit der größten Gewerkschaft der Welt.

Die Verbände der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Bäcker und Konditoren, Fleischer und Berufsgenossen unterbreiten in ihren Fachzeitschriften den Mitgliedern eine gemeinsame Beilage mit den Richtlinien zur Errichtung eines Lebens- und Genussmittelarbeiterverbandes. Es ist das Resultat gemeinsamer Beratung und gliedert sich in 1. Bis zum Zusammenstoß; 2. Grundzüge, den Aufbau der neuen Organisation betreffend; 3. Uebergangsbestimmungen; 4. Grundzüge betr. Rechte und Pflichten der Mitglieder. Dann folgt ein Satzungsentwurf (Statut), der genau bis ins einzelne alles zu erfassen sucht.

„Der Zimmerer“ schreibt: „Um die Einheitsgewerkschaft im Baugewerbe, die nach einer Erklärung von Fritz Kaeplow in einer vor wenigen Wochen stattgefundenen Sitzung des Vorstandes und Beirates des Deutschen Bauarbeiterverbandes auf Grund der bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen zwischen den in Frage kommenden Gewerkschaften vorläufig als undurchführbar gelten muß, müßt sich in zwei Artikeln im „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ August Ellinger ab. August Ellinger ist bisher noch ehrenamtlicher, in Wälsche vielleicht bester Geschäftsführer des Verbandes sozialer Bauarbeiter und ein begeisterter, wenn nicht überhaupent der begeisterte Befürworter der von diesem Verbande betriebenen Sozialisierung des Baugewerbes. Er tritt aus diesem Grunde mit Eifer für den Zusammenschluß der baugewerblichen Gewerkschaften ein, um alle gleichmäßig für diese Sozialisierung anspannen zu können, weil er eine fruchtbringende gewerkschaftliche Tätigkeit ohne diese Sozialisierung im Zukunft für unmöglich hält. Wie weit die Anforderungen gehen, die Ellinger und Genossen hinsichtlich der Sozialisierung an die Gewerkschaften stellen, haben wir in der vorigen Nummer des „Zimmerer“ kurz angedeutet. Wenn deshalb August Ellinger für die Einheitsgewerkschaft die Werbestrommel rührt, so können wir das begreiflich finden. Diesmal hat er aber anscheinend die Werbestrommel mit der Melanetrommel vertauscht; denn was er in den erwähnten Artikel bietet, ist zu allererst Melanetrommel, Melanetrommel, die in der deutschen Gewerkschaftsbewegung längst abgetan sein sollten. Die Einheitsgewerkschaft bedeutet, so erzählt August Ellinger, eine riesige Ersparnis an Zeit, Geld und Arbeitskraft auf dem Gebiete der Verwaltung, der Lohnbewegung, der Verhandlungen, der Berichterstattung, der Presse usw. Wenn August Ellinger recht hätte, dann wäre von den Gewerkschaften seit 80 Jahren eine maßlose Verschwendung betrieben worden. Allein wir wissen, daß sich die deutschen Gewerkschaften erst nach langem, heftigem Meinungsstreit die für sie am besten geeignete Organisationsform gewählt haben: die Zentralorganisation mit dem Beruf als Basis. Es müssen demnach doch wohl gewichtige Gründe gemeinen sein, die die Gewerkschaften gerade diese Organisationsform wählen ließen. Das weiß auch August Ellinger. Was er heute als so überaus wesentlich für die Einheitsgewerkschaft ins Feld führt, die Verbilligung auf allen Gebieten gewerkschaftlicher Tätigkeit — zunächst doch auch nur eine bloße Behauptung — ist vor 80 Jahren bereits angeführt und später wiederholt worden. Damals und auch später sind diese Gründe gewesen und zu leicht befunden. Dieses Urteil trifft auch heute noch in vollem Umfange zu. Wir sind aber auch der Meinung, daß mit einer derartigen Melanetrommel der Idee der Einheitsgewerkschaft nicht gedient wird. Ist die Einheitsgewerkschaft im Baugewerbe eine Lebensnotwendigkeit, dann, aber auch nur dann, wird sie sich gegen alle Widerstände durchsetzen. Ist sie das nicht, dann hilft ihr auch die lauteste Melanetrommel nichts.“

Uns will auch dünken, daß die von Ellinger so begeistert hervorgehobene Spargemethode recht billige Gründe sind, die man natürlich auf alle menschlichen Einrichtungen anwenden kann, besonders aber auch in der Hauswirtschaft. Es heißt sich wunderbar einfach,

wenn alles so consequent mit einem „Quasititel“ erledigt werden kann. Ein bekannter Philosoph stellt den Lehrsatz auf: „Die Konsequenz auf die Spitze getrieben, führt zur Inkongruenz.“ Das haben wir als Randbemerkung den beiden Artikeln angefügt und sie vorläufig auf die Seite gelegt.

Beachtliche Notizen. Strafbare Arbeitszeitverlängerung für Lehrlinge. Das Wiesfelder Landgericht beurteilte kürzlich einen Handwerksmeister zu einer Geldstrafe, weil er seine Lehrlinge unter Berufung auf Lehrvertragsbestimmungen zum Aufräumen der Werkstätte über die achtstündige Arbeitszeit hinaus beschäftigte. Das Landgericht erblickte in dieser Handlung einen Verstoß gegen die Verordnung über die achtstündige Arbeitszeit. Es komme dabei gar nicht in Frage, ob eine derartige Handlung im Interesse des Handwerks liege; maßgebend sei einzig und allein die erwähnte Verordnung, die auch für die Lehrlinge den achtstündigen Arbeitstag einschließt.

Der Achtstundentag — zwingendes Recht. Ein ostpreussischer Mühlenbetrieb hat eine Arbeitsdauer von über acht Stunden täglich eingeführt. Der Inhaber wurde unter Anklage gestellt, von dem zuständigen Landgericht aber freigesprochen, weil die Ueberschreitung im Einverständnis mit den Arbeitern geschehen sei. Das Oberlandesgericht in Königsberg als Revisionsinstanz hat ihn jedoch verurteilt. Der achtstündige Arbeitstag, so heißt es in dem Urteil, bezwecke den Schutz der Arbeiter gegen Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, sei mithin als soziale Schutzmaßnahme grundsätzlich zwingendes Recht auch für die in Betracht kommenden Arbeiter. Diese sollen nicht nur vor einer Ausbeutung durch ihre Arbeitgeber geschützt werden, sondern in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der allgemeinen Volksgesundheit auch vor einer Ausbeutung durch sich selbst. Die Verordnung besetze zu Recht, für ihre Nichtbeachtung sei nicht der Arbeitnehmer, der freiwillig Ueberstunden leiste, sondern der Arbeitgeber strafbar.

Die arbeiterfeindliche Presse übt an dem Urteil schärfste Kritik. Für die Arbeiter wird es eine Mahnung sein, noch mehr als bisher die Verordnung zu beachten. Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit ausschließlich der Pausen darf die Dauer von acht Stunden täglich nicht überschreiten.

In den Pflaster- und Schotterbetrieben der Firma Fr. Bachmann, Würzen, wird der Achtstundentag dauernd durchbrochen. Dem protestierenden Betriebsrat erklärt der Firmenvertreter, daß die Arbeiter freiwillig so lange arbeiten dürfen, wie es ihnen beliebt. Vielleicht bringt das vorstehende Urteil bei den Betroffenen eine andere Anschauung. Die Hauptsache liegt jedoch an der Kollegenchaft, eine Aenderung herbeizuführen. Die Rechte im Gesetz sind zum mindesten hochzuhalten.

Mitgliederbewegung im 2. Quartal 1921.

Zugang:	
Bestand am Schluß des 1. Quartals 1921	45 738 Mitgl.
Eingetreten im laufenden Quartal	2 496 "
Uebergetreten von anderen Verbänden	1 432 "
Zugereist bezw. vom Militär entlassen	549 "
	50 215 Mitgl.
Abgang:	
Im laufenden Quartal ausgetreten	1 010 Mitgl.
Wegen rückständigen Beiträgen gestrichen	262 "
Laut § 3, Abs. 5 b ausgeschlossen	17 "
Zu anderen Organisationen übergetreten	988 "
Abgereist aus den Zahlstellen	959 "
Im 2. Quartal gestorben	97 "
	3 333 Mitgl.
Bestand und Zugang	50 215 Mitgl.
Abgang	3 333 "
Bestand am Schluß des 2. Quartals 1921	46 882 Mitgl.
Davon waren weibliche Mitglieder 478	
Arbeitslos am Schluß des Quartals 478 Mitgl.	
Eine Zunahme im Vergleich zum 1. Quart. um 1144 Mitglieder. Den Arbeitsverhältnissen in der Steinindustrie entsprechend müssen wir damit zufrieden sein.	

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Ausgeschlossen wegen Schädigung der Verbandsinteressen wurden auf Antrag der Zahlstellen: Heinrich Beck, Paderborn; Paul Braun, Ernst Dpich, Berlin.

Für den Verwaltungsbezirk Mähren soll ein Kollege aus dem dortigen Bezirk angestellt werden. — Geeignete Bewerber reichen ihr Bewerbungsschreiben unter Beifügung eines Lebenslaufes, des Mitgliedsbuches und einer Arbeit über „Gewerkschaftliche Aufgaben“ bis zum 1. September an den Zentralvorstand ein. Adresse: Ernst Winkler.

Der am 9. Juli 1921 erneut abgeschlossene NW. für die deutsche Pflasterstein- und Schotterindustrie liegt im Druck vor und kann zum Preis von 25 Pf. pro Exemplar bezogen werden. Um unnötige Portoausgaben zu sparen, wollen die Zahlstellen in Bedarf geschlossenen bestellen.

Folgende Zahlstellen hatten bis zum 16. August die Abrechnung des 2. Quartals 1921 noch nicht eingefandt: 2. Gau: Waldenburg, Wüstegiersdorf. 4. Gau: Münchshagen, Wellerode. 5. Gau: Niederbreisig. 6. Gau: Maulbronn, Weiterdingen. 8. Gau: Friedenhausen, Großheubach, Lengfurt, Untereßelbach, Zapfendorf. Auch fehlen noch aus mehreren Zahlstellen die Aufnahmelisten, die mit der Quartalsabrechnung versandt wurden. Die Zahlstellen-Kassierer werden daran erinnert. Die Listen müssen mit den Mitgliedsnummern der neuen Mitgliedsbücher versehen sein.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Schriesheim. Dem Kollegen Adolf Weber, der eine größere Familie zu ernähren hat, braunte im Juli sein Häuschen mit allem Inventar ab. Die Bauhandwerker der Gemeinde haben sich bereit erklärt, nach Arbeitsluß das Häuschen unentgeltlich wieder aufzubauen zu helfen. Die Baumaterialien sind teuer, die Gemeindegemeinschaft, sowie die der Kollegen am Ort reichen nicht zur Anschaffung aus. Es wird deshalb an die Mithätigkeit der Verbandsmitglieder appelliert. Einträge Zusendungen sind an Vorf. Johann Stegwart, Schriesheim b. Heilsberg, zu adressieren.

Der Verbandsvorstand schließt sich diesem Appell an.

Adressenänderungen.

- 3. Gau. Langenberg (Post Falken, Sa.). Vorf. u. Kass.: Moritz Mülller, Nr. 49.
- 5. Gau. Medenbach (Post Ufersdorf). Kass.: Ernst Madel.
- 6. Gau. Immendingen. Kass.: Georg Strein, Badzimmern. Ludwigschafen. Vorf.: Georg Spauheimer, Kanalstr. 68 I. Kass.: Daniel Steller, Sonderhofstr. 3.
- 8. Gau. Allengronau i. Hessl. Vorf.: Wilhelm Röder, Kass.: Ad. Maieschein, Nr. 90.

Briefkasten.

A. W. Alle Bücher und Zeitschriften, die in der Besprechung erwähnt werden, sind immer von dem angegebenen Verlag zu beziehen, niemals vom Vorstand.

Neue Bücher, Zeitschriften usw.

In Nr. 14 der Betriebsrätezeitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat eine Artikelreihe „Planwirtschaft und Aufbau“ begonnen, die in der Augustnummer (Nr. 15) fortgesetzt wird. Der Aufbau planwirtschaftlicher Fachverbände wird geschildert, ferner die Bedeutung des Marktes in der Planwirtschaft, die Rationalisierung und Arbeitslosigkeit, die Stellung der Arbeitnehmer und Abnehmer in den Selbstverwaltungsorganen untersucht. Nimmere werden die sachverständigen Kritiker aufgerufen, weiteres Material zur Erforschung des Planwirtschaftssystems zu liefern. In der gleichen Nummer ist der Vortrag von Prof. Dr. Leberer vor den Berliner Betriebsräten enthalten, ferner ein Bericht über die Neureorganisation des Handwerks. Ein Aufsatz über das „Museum für die Meisterwerke der Naturwissenschaften und Technik“ als auch die Fortsetzung der Diskussion über die „Betriebspraxis“, Gesetz und Recht, sowie eine sehr instruktive Arbeit von Professor Bohn „Deutschland und der Weltmarkt“ mit wertvollen Zahlen ergänzen den Inhalt. Eine für die Betriebsrätezeitung gezeichnete Karte zeigt diesmal Sibirien und Ostasien. Eine Fülle von Lehrstoff enthält wiederum diese Nummer der Zeitung, die jedermann bei jedem Postamt oder Briefträger abholen kann.

Der neue Mensch. Werbeblatt Nr. 1 des „Bundes: Religion des Sozialismus“. Unentgeltlich und portofrei zu beziehen vom „Bunde: Religion des Sozialismus“, Klost. Schillerstr. 27.

Die sozialistische Genossenschaft. Halbmonatsschrift, Erscheinungs-ort und Verlag G. e. r. a. n., Waldstraße 46, Vierteljahrspreis 10 Mark. Nr. 6 ist eben erschienen.

„Wir Männer vom Steinbruch“ von Max Dortu, Verlags-genossenschaft „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Str. 8/9. Preis, elegant kartoniert 10 M. Das Buch enthält drei Erzählungen von der Arbeit im Steinbruch, in den Hüttenwerken und handelt von Erdarbeitern. Es sind keine Erzählungen im hergebrachten Sinne, sie sind nicht nach jedermanns Geschmack und gar mancher wird das Buch mit irgendeiner Bemerkung auf sein Bücherbrett stellen, ohne großes Verlangen, wieder danach zu greifen, wie bei verschiedenen anderen Büchern, die immer etwas geben, die nie alt werden. Der Dichter Dortu hat gewiß Gestaltungskraft, er sieht auch die Arbeit und die Schaffenden selbst mit besonderen Augen, das muß schon anerkannt werden. Aber praktisch nicht bestehende Quantierungen im Steinbruch, dazwischen gestreute, oft direkt abern wirkende Kriegsworte und -einrichtungen, dazu die den Steinbrucharbeitern in den Mund gelegten Unterhaltungen machen das Buch nicht anziehend, wirken gegenteilig, machen es ungenießbar. Trotz einzelner schöner Sätze und Gedanken des Dichters bleibt als Gesamteindruck nach dem Lesen des Buches: Wirres Gestrüpp!

Untergang. Ein Lebensfragment. Von A. M. de Jong. Be-rechtigte Uebersetzung aus dem Holländischen von Georg Gärtner. — Ein neuer Roman, der als menschliches Dokument voll überzeugender Eindringkraft anzusprechen ist. Ein Holländer aus guten Verhältnissen, der sich mit seiner Familie überworfen, kommt nach London, um sich hier auf eigene Füße zu stellen. Nach anfänglichem Zaudern greift er zu jeder Arbeit, die sich ihm bietet. Er wird Füllwäscher, Gepäckschlepper, Heizer, Vortragskünstler und anderes; er ringt mit allen Kräften um eine anständige, ehrliche Existenz — und scheitert. Scheitert wie hundert, wie tausend andere, die arbeiten wollen und schließlich auf den Weg des Bettels und Verbrechens getrieben werden. — Die Gärtnersche Uebersetzung bringt den erschütternden Inhalt voll zur Geltung. Der Verlag, die Buchhandlung Vorwärts in Berlin, hat dem Buche in einem ansprechenden Einbande auch ein würdiges äußeres Kleid gegeben, so daß der Preis von 12 M. (zwölf) für das inhaltsreiche Buch unter den gegenwärtigen Verhältnissen als durchaus mäßig bezeichnet werden kann.

Anzeigen Berlin.

Dienstag, 23. August, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus **Kombinierte Versammlung.** Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission zwecks Gründung einer Genossenschaft. 2. Die Forderungen des NWB. und wie können die 10 Punkte praktisch durchgeführt werden. 3. Verschiedenes. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Entwürfe, Bildhauerarbeiten n. gegeb. Skizz., Alphabete, Grabmal- u. Kriegerchriften z. Durchpaus a. Stein od. Holz zeichnet Franz Siegler, Bildhauer, Sieben (Hessen). Jeder kann Schriftzeichen nach meiner Methode! Aufstellungsendung 10 M. Alphab. 10 M. 1 Bl. Verzierung 10 M.

Granitsteinhauer für schleifrechte Arbeit, Stundenlohn 6.— bis 6.50 M., Granitschleifer, Stundenlohn 5.— bis 5.50 M., dauernde Arbeit, gesucht **Granit- u. Diabaswerke**, Paul Burger, Ing., Baumholder bei Dierstein-Nahe, Rheinpr.

Tüchtige Steinmetzen auf Muschelkalk und Sandstein gesucht **Muschelkalk- u. Sandsteinwerke, G. m. b. H., Langelsheim a. Harz**

Mehrere Sandstein-Steinmetzen suchen für dauernde Arbeit in Denkmal- und Bau-Arbeiten **Künzel & Hiller, Bruchbetrieb, Neudorf am Größberg.**

2 tücht. Steinmetzen auf Muschelkalkstein stellt sofort ein **Jacob Meißner, Steinmetzmeister, Dörfau.**

Lediger junger Steinmetz auf Granit und Sandstein kann sofort in Arbeit treten bei **Herm. Rich, Steinmetzmeister, Gramso (Uderrn.) Br. Brandenburg.**

1 tücht. Steinmetz, 1 tücht. Schrifthauer für Sandstein und Muschelkalk bei dauernder Arbeit sofort gesucht. Tariflohn 6.10 Mark. **Joh. Lankhof, Herford (Westf.)**

Suche per sofort 5 tüchtige Granitsteinmetzen für Bau- und Denkmalarbeit bei gutem Verdienst. **Bernhard Trentini, Forbach (Murgtal) Rannitzsch.**

Gestorben. Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingelangt werden.)

In **Mittweida** am 17. Juli der Brecher **August Eichmann**, 50 Jahre alt, Fleischvergiftung. In **Summersbach** am 2. August der Pflastersteinarbeiter **Mathias Mohr**, 58 Jahre alt, Lungentuberkulose.

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig. Gedruckt in der „Freien Presse“, Leipzig.